

Die aktuellen Forderungen des bdo zur Rettung der Busunternehmen in der Corona-Pandemie

Trotz zahlreicher Verbesserungen bei der Hilfspolitik in den letzten Monaten leidet die Busbranche weiterhin massiv unter Fahrverboten beziehungsweise weitgehenden Einschränkungen des öffentlichen Lebens. Auch wenn erkennbar von Bund und Ländern versucht wird, Hilfe zu leisten, bleiben weiter Ungerechtigkeiten und Defizite bei den Rettungsmaßnahmen bestehen. Die Forderungen der Busbranche für die weiteren Monate der Corona-Pandemie lauten daher:

Der Bustouristik eine Perspektive geben: Der bdo ruft Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger dazu auf, im Reisesektor für Planbarkeit und eine Perspektive zu sorgen. Bei der letzten Bund-Länder Konferenz wurden Entscheidungen zur Touristik einfach nur verschoben. Dies darf nicht so weiter gehen. Die Politik muss sich jetzt zu einer klaren Öffnungsstrategie bekennen, die für Klarheit und Planbarkeit bei den Unternehmen und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sorgt.

Flickenteppich in Deutschland vermeiden: Der bdo fordert beim Wiederanlaufen des Reisebusverkehrs in Deutschland bundesweit einheitliche Regelungen. Beim Ende der ersten Beschränkungen im Jahr 2020 haben die vielen regionalen Regelungen z.B. zu den Beherbergungsverboten ein Hochfahren der Branche in der Praxis verhindert.

Europäisch einheitliche Regelungen: Auch im grenzüberschreitenden Verkehr müssen klare, transparente und einheitliche Regelungen gefunden werden.

Fairness für Mischbetriebe schaffen: Aufgrund bestehender rechtlicher Vorgaben können Busbetriebe mit mehreren geschäftlichen Standbeinen keinen finanziellen Ausgleich zwischen den Sparten ÖPNV und Touristik vornehmen. Trotzdem sorgt aber in vielen Fällen eine solche betriebliche Aufstellung dafür, dass die Unternehmen keinen Zugang zu Hilfsmaßnahmen erhalten, weil verschiedene Geschäftsteile zusammen betrachtet werden. Diese unfaire Benachteiligung muss beendet werden. Eine Spartenbetrachtung bei den Überbrückungshilfen III muss jetzt für Busbetriebe, die ÖPNV und Touristik betreiben, eingeführt werden.

Besondere Regelungen für besonders betroffene Branchen: Auch wenn Busreisen, Anmietverkehre und alle weiteren Leistungen im Busverkehr wieder möglich sind, werden die Unternehmen die Auswirkungen von Corona auf das Reiseverhalten der Menschen noch lange spüren. Eine Fortsetzung der Hilfen für besonders betroffene Branchen über das Ende des Lockdowns hinaus ist unbedingt erforderlich.

Jetzt eine umfassende Teststrategie und den Umgang mit dem Impfausweis regeln: Der bdo fordert umfassende Konzept für das Ermöglichen zusätzlicher Freiheiten im Alltag, aufgebaut auf einer intelligenten Teststrategie bzw. mit Hilfe eines europaweit anerkannten Impfausweises.

ÖPNV-Rettungsschirm verlängern: Die von Bund und Ländern im Jahr 2020 zur Verfügung gestellten Mittel für den Erhalt des ÖPNV bei bestehenden Einschränkungen des öffentlichen Lebens sind aufgebraucht. Es braucht schnell ein klares Bekenntnis zur Fortsetzung in 2021.

Bestehende Hilfsprogramme fortsetzen und weiterentwickeln: Die Corona-Pandemie prägt weiter das Leben der Menschen in Deutschland. Und die Busbranche wird sogar, das hat unsere aktuelle Konjunkturumfrage gezeigt, auch noch lange nach dem Ende der Einschränkungen im öffentlichen Leben schwer unter den Folgen leiden. Alle bestehenden Hilfsprogramme müssen auf diese anhaltende Bedrohung für Busunternehmen ausgerichtet und verlängert werden.

Mehrwertsteuer senken – und damit nachhaltige Mobilität fördern: Um den Neustart der Busbranche nach der Corona-Pandemie zu ermöglichen, fordern wir die Senkung der Mehrwertsteuer für den Fernlinien- und Gelegenheitsverkehr auf 7 Prozent. Damit würde gleichzeitig auch das Fernverkehrsmittel mit den geringsten Treibhausgasemissionen im Wettbewerb gegen Pkw und Flieger gestärkt.

Unnötige Belastungen vermeiden: Die Busbranche befindet sich in einer tiefen Krise – und damit der öffentliche Personenverkehr bzw. der umweltfreundliche Reiseverkehr. In einer solchen Situation müssen unnötige Belastungen – wie etwa durch die Einführung einer Busmaut auf europäischer Ebene, unbedingt verhindert werden.